Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1924

12.8.1924 (No. 186)

Visual Library

№ 186 Dienstag, den 12. August 1924 167. Jahrgang

Expedition: Karlfriedrich-Straße Nr. 14
Fernsprecher: Nr. 953 und 954
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 3515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: J. V.: C. A. Seyfried Karlsruhe

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert monatlich 2,60 Goldmark. — Einzelnummer 10 Goldpfennig, Samstags 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Goldpfenniz für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariffester Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlfriedrichstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Aussperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsschluß erfolgen.

Die Verfassungsfeier in Karlsruhe

Rede des Reichskanzlers a. D. Dr. Wirth

Die badische Landeshauptstadt prangte am gestrigen Montag anläßlich des **sechsten Geburtstages der deutschen Reichsverfassung von Weimar** in Flaggenschmuck, der bei dem wundervollen Wetter ein festliches Bild schuf. Die von der Regierung veranstaltete **Verfassungsfeier in der reich geschmückten Festhalle** war wieder von Tausenden besucht, so daß der Riesenraum nicht zureichte. Die Feier gestaltete sich zu einer **imposanten Kundgebung für die deutsche Republik.** Erschienen waren u. a. die Mitglieder der Regierung, der Landtagspräsident, die Spitzen der Stadtverwaltung und viele Abgeordnete des Reichs- und Landtags Als Staatspräsident Dr. **Köhler** und der Festredner, der frühere Reichskanzler Dr. **Wirth** den Saal betraten, wurden sie begeistert begrüßt. Auf dem Podium hatten sich die geschlossen anmarschierten mit lautem Beifall begrüßten Mitglieder des **Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold** aufgestellt.

Nach dem Marsch aus „Tannhäuser", gespielt von der Vereinigung badischer Polizeimusiker unter Leitung von Obermusikmeister **Heisig**, richtete

Staatspräsident Dr. Köhler

freudige Begrüßungsworte an die Versammlung.

Er erinnerte an die am Sonntag vor 8 Tagen im gleichen Raum veranstaltete Gedenkfeier für die Gefallenen und gab seiner Genugtuung darüber Ausdruck, daß es gelungen sei, die **Einheit und Geschlossenheit des Deutschen Reiches** zu erhalten. Diese Tatsache werde in künftigen Zeiten als **die erste Großtat der Verfassung von Weimar** gefeiert werden. Dafür, daß es gelungen sei, auf dem Trümmerfeld von Staat und Gesellschaft des November 1918 ein **neues Reich** aufzurichten, müsse man den Männern, die die Verfassung geschaffen haben, Dank sagen. Die Einheit des Deutschen Reiches in diesen fünf Jahren zu erhalten, sei keine leichte Arbeit gewesen. Manche deutsche Volksgenossen haben sie unsäglich schwer gemacht. Hoffentlich komme bald der Tag, an dem die junge deutsche Republik **auch draußen in der Welt** anerkannt werde. Für ihn, den Repräsentanten des **Badener Landes** sei es eine große Freude, hier an der Südwestmark des Deutschen Reiches am heutigen Tage **ein stolzes Bekenntnis** ablegen zu dürfen für diese **junge, deutsche Republik.** (Lebhafter Beifall).

Darauf betrat stürmisch begrüßt

Reichskanzler a. D. Dr. Wirth

das Rednerpult, um in gehaltvollen, immer wieder von Beifall unterbrochenen Ausführungen die Weimarer Verfassung als **nationales Rettungswerk** zu schildern. Seine Rede hatte folgenden Wortlaut:

Eine Ansprache anläßlich der Wiederkehr des 6. Geburtstages der Deutschen Reichsverfassung kann, wie ich mir auch überlege, keine ausgeklügelte Festrede sein, die unter Anwendung fein geschliffener und wohldurchdachter Wendungen über die Schwierigkeiten unserer Tage und über die tiefernsten Probleme der deutschen Innen- und Außenpolitik hinweggeht. Sie muß vielmehr eine aufrichtige Stellungnahme zu dem Werk von Weimar sein, eine Stellungnahme, wie sie sich als **Gewissenspflicht** denen ergibt, die in Deutschland gewillt und berufen sind, praktische Politik zu machen, oder denen, die vermöge ihrer amtlichen Eigenschaft und Lebensarbeit unsere deutsche Politik verantwortlich tragen helfen. Es würde nichts nützen, heute **eine** Art begeisternder Festrede zu halten, die vielleicht **nur das** Gefühl eines flüchtigen Augenblicks in sich schließt. Es sollen vielmehr einige **Gedankengänge entwickelt** werden, die uns innerlich **erneuern und erneut verantwortlich** machen mögen für das, was uns die **Weimarer Verfassung** sein kann im **Deutschen Reich und Volk, im Wiedergewinnen seiner Freiheit und in der Erhaltung seiner Einheit.**

Unwillkürlich denkt man bei der Andeutung solcher Erwägungen an jene Mitbürger in unserem Vaterlande, die keine Gelegenheit vorübergehen lassen können, ohne die neue Reichsverfassung in Grund und Boden zu verurteilen. Nicht einmal der zurückliegende Gedenksonntag hat diese Kritiker davon abgehalten, diejenigen zu verunglimpfen, die im Jahre 1919 mit dem besten staatsbürgerlichen Wollen dem inneren nationalen Leben wieder feste Form und Gestalt durch das Verfassungswerk von Weimar gegeben haben. Allzu naheliegend ist bei solchen Strömungen der Gedanke, der in einem auftauchen könnte: „Hat es bei all diesen hämischen, zersetzenden, niederreißenden und übelwollenden Urteilen und Veröffentlichungen überhaupt noch einen Sinn, von der deutschen Politik und ihren verfassungsmäßigen Grundlagen zu sprechen und, wenn nötig, handelnd einzugreifen?" — Doch — Gottseidank! — die hier zu Tausenden versammelten treuen Staatsbürger lassen Gedanken der Resignation rasch verschwinden. Hat uns doch diese weite, große Halle in den letzten Jahren öfters zusammengeführt, wenn es galt, Reich, Länder und Deutsches Volk in **dem** zusammenzuhalten, was ein nationales Leben überhaupt möglich macht, in der **einen starken Idee der Zusammengehörigkeit** aller Männer und Frauen in deutschen Landen. Viele Köpfe und Herzen sind erwärmt worden von dieser Idee und auch heute wollen wir auf dem Boden des uns gemeinsamen Volkstums, der uns einigenden demokratischen Staatsgesinnung ein Bekenntnis zur deutschen Reichsverfassung ablegen.

Die Verfassung, ein nationales Rettungswerk!

Wir haben die **Bedeutung** der neuen deutschen **Reichsverfassung** von Anfang an vornehmlich darin gesehen, daß durch das Werk von Weimar **der durch Kriegsausgang und soziale Unruhen durchwühlte deutsche Staat in Mitteleuropa wiederum gerettet und aufs neue gesichert worden** ist. Viele in diesem Saal sind Zeuge gewesen, daß Manche damals gebangt haben, ob es nach der furchtbaren Katastrophe von 1918 überhaupt noch möglich sein würde, die deutschen Stämme in einem einigen Reiche zusammenzuhalten und sie unter der Form eines festgefügten Staatsgebildes neuer Wohlfahrt entgegenzuführen. Damals half kein Zaudern und Abwägen, sondern nur verantwortliches Handeln um den Fortbestand von Volk und Reich. Die Verfassung war nicht, wie einzelne ihrer Gegner uns heute unterstellen möchten, die aus Neuerungssucht geborene Form eines neuen Regierungssystems, um offensichtliche Mißstände des alten Regimes abzustellen. Nein, wir haben in Weimar einen **wesenhaften neuen Staat** schaffen müssen und schaffen wollen, einen Staat mit organischer Innenstruktur, die vorhandenen Volkskräfte der Volksgemeinschaft zuführen muß, und, soweit nach dem verlorenen Kriege möglich, auch mit außenpolitischen Lebensbedingungen. Dieser Staat und seine neue Verfassung sollten den weiteren **Verfall Deutschlands verhindern** und den **zerstörenden Gewalten von innen und außen ein Halt gebieten.**

Mehr als einmal ist es mir in meinem politischen Leben durch Aussprachen mit führenden Männern der Wirtschaft vorgekommen, daß man mir den Rat gab, große politische Energien auf dieser verfassungsmäßige Sicherung von Staat und Gesellschaft **doch nicht** mehr zu verwenden, sondern den **Untergang** und die **Verzweiflung** über Deutschland kommen zu lassen, um der erstaunt aufhorchenden Welt, die selbst dann das **Chaos in Deutschland** überwinden müsse, kundzutun, daß Europa nur dann zur Ruhe komme, wenn das alte Deutschland in seiner früheren Form wieder auferstehen und die Klassen, die einstmals dort die privilegierten waren, wieder herrschen würden. Nicht allein während der Verfassungsarbeiten in Weimar wurden solche Stimmen laut. Ich erinnere mich noch an einen Vorgang 1920 auf der Konferenz in Spa, wo die deutsche Vertretung in einer unendlich schwierigen und demütigenden Lage war, daß bei der Frage, ob wir die von den alliierten Mächten verlangten Kohlenmengen annehmen sollten oder nicht, eine der damals lebenden, führenden deutschen Persönlichkeiten aus der Wirtschaft uns den dringenden Rat gab, die Forderung abzulehnen und den Alliierten die Schuld zuzuweisen für die in Deutschland dann kommenden und nicht mehr zu verhindernden bolschewistischen Erscheinungen. Walter Rathenau war damals einer der ersten, der als Sachverständiger dieser in ihren Folgen garnicht ausdenkbaren Möglichkeit entschieden entgegentrat. Für ihn, wie für die deutsche Delegation und ihre Führung, war das **Chaos als Methode** vom **sittlichen Standpunkte** aus unannehmbar und verwerflich.

Die Verfassung, Verkörperung der Idee einer sittlichen Lebensgemeinschaft, der sich auch die Wirtschaftskräfte einordnen müssen und durch die Diktatur jeglicher Art abgelehnt wird.

Mit der Ablehnung einer geistlosen, brutalen Methode, die vor der Hinopferung ganzer Gesellschaftsklassen nicht zurückschreckt, kommen wir zu einem anderen bedeutungsvollen Urteil über die deutsche Reichsverfassung. Unsere Ablehnung der Verzweiflung als politische Methode in Spa ist nur dann erklärlich und läßt sich nur dann dauernd vertreten, wenn man die **Erhaltung der sittlichen Lebengemeinschaft im Staat und in einer bestimmten verfassungsmäßig geregelten Staatsform über alles setzt.** Das **politische Leben** darf in seinem Wesen nicht durch die Parteibrille betrachtet, **das Grundgesetz des staatlichen Seins** nicht nach Klassenauffassungen bewertet werden. Die Grundlage einer Reichsverfassung hat nur dann für ein Volk — sicher für ein 60 Millionenvolk! — Sinn und Zweck, wenn jeder Einzelne in diesem Volk seine **Gesamtheit** will, seine **Lebensgemeinschaft** sieht, den **Geist des Sichverstehens** und des **Zusammengehörigkeitsgefühls** bekundet, mit einem Wort — wie Bergsträßer es jüngst betont — **„Hinausschaut über den engen Kreis seiner Sonderinteressen und sich als Glied eines ganzen Volkes fühlt".** Wohl können wilde politische Leidenschaften, vor allem unter dem knechtenden Druck, wie wir ihn in unserer Heimat seit 5 Jahren erleben, ausbrechen; wohl sind Gefühle der Vergeltung und Abwehr, die in uns aufkommen, verständlich, aber um der **sittlichen Gemeinschaftsidee** willen müssen sie gezügelt, zurückgedämmt und auf verfassungsmäßige Bahnen zur Rettung des Ganzen gelenkt werden. So war auch in Weimar, trotz dunkelster Stunden außenpolitischen Zwanges und innerpolitischen Aufruhrs, immer wieder der tiefste Beweggrund unseres Handelns beim Schaffen der neuen Verfassung, wie bei der Führung und Richtungsbestimmung deutscher Rilitik die **sittliche Einstellung** auf die **nationale Gemeinschaft** und die **menschliche Schicksalsverbundenheit aller Stände und Stämme in unserem Volk.**

Eine besondere Beachtung und Würdigung bei der Verwirklichung dieser Idee im Verfassungsstaat verdient die **Wirtschaft.** In den Jahren der Geldentwertung haben verschiedene wirtschaftliche Kräfte in der Nation durch Aneignung eines Teiles unseres Nationalvermögens eine übergroße Macht an sich gerissen, die gegen den Staat und den besitzlosen Teil des Gesamtvolkes einzusetzen ein Leichtes ist. Seltsamerweise sind diese Kräfte durch einzelne Teile unseres Bürgertums, bäuerliche Schichten, Mittelstandsleute, Intellektuelle, die selbst unter dieser ungebührlichen Konzentration von Gut und Vermögen leiden, politisch unterstützt worden. **Diese Tatsache beweist eine Verkennung der Bedeutung der Wirtschaft im Staat.** Staat und Wirtschaft sollen nicht einander ausschließen, aber sie können auch nicht für das **nationale Leben** auf die **gleiche Wertstufe** gesetzt werden. Die Wirtschaft ist kein **politischer Begriff,** dem die **Entwicklung und Verantwortung anstelle des Staates zufallen könnte.** Der Staat selbst und mit ihm die breitesten Massen der bei der Wirtschaft arbeitnehmenden Bevölkerung würden damit in eine unwürdige Abhängigkeit von starken, rein auf das Materielle eingestellten Gruppen kommen und damit würden aussichtsreiche Quellen innenpolitischen Aufstiegs und außenpolitischer Erlösung verschüttet werden. Andererseits ist aber auch die Auffassung, daß **die Wirtschaft gänzlich in den Staat einzugehen hat,** also alles „verstaatlicht werden soll", eine verderbliche und utopistische Forderung. Die freie Entfaltung der Wirtschaftskräfte auf dem Boden berufsständiger Organisationen muß in soweit gefördert und zum Wohle des Ganzen unterstützt werden, als der ein-

zelne Mensch in der Wirschaft, ob Arbeitgeber oder Arbeitnehmer, sich seiner Pflichten gegenüber der Allgemeinheit bewußt bleibt.

Schon während den Tagen in Weimar und in den späteren Jahren in wachsendem Maße haben Kreise der Wirtschaft gemeint, dem neuen Staat, der wie der alte, auch menschliche Mängel und aus der Zeit geborene Schwächen an sich trägt, jede **Unterstützung** und jede **Mitarbeit versagen** zu müssen. Es wurde ein gefährliches und trotzdem geflügeltes Wort, das in manchen Kreisen von Besitz und Bildung umging: „Diesem neuen Staat keinen Groschen!". Warnungen jener, die auf den Staat eingestellt waren, auch aus den Reihen der Wirtschaft, wie eines Walter Rathenau und anderer, blieben oft ungehört. Die Meinung ist staatspolitisch gefährlich, ja für meine Begriffe direkt unsittlich, wenn man glaubt, daß die Wirtschaft und ihre Organisationen die Funktionen des Staates übernehmen könneten. **Niemals** werden rein **wirtschaftliche** oder **berufsständisch herangezogene** Kräfte, selbst wenn sie noch so viel Geld und Gut für geheime Organisationen und kampffähige deutsche Jugend aufbringen wollten, das Volk von **äußerem Druck retten** können. **Politische Energien, staatsmännische** Leistungen, **unbeeinflußt von wirtschaftlichem Egoismus** und **beruflichen Interessen,** gehören dazu und kennzeichnen **die** Menschen und volksgeborenen Führer, die wahrhaft politische Rettungsarbeit tun können. **Niemals** auch wird die Wirtschaft **innenpolitische Spannungen lösen** und **Regierungstaten** zur **Herstellung von Ruhe** und **Ordnung** ersetzen können. Dazu gehören **staatsbindende** und **menschheitserhaltende** geistige Faktoren, wie sie im Rahmen der deutschen Reichsverfassung, besonders in deren zweitem Teil von den „Grundrechten und Grundflichten jedes Deutschen" zum Ausdruck kommen. Dort haben Gedanken eine Heimstatt gefunden, die von der Heranziehung aller Volkskräfte der Weltanschauung, der Kultur, der Stände, der Stämme zu lebendiger Anteilnahme und Mitarbeit an den Aufgaben des Staates, bei der Lösung der sozialen Frage, bei der Heilung moralischer und materieller Schäden sprechen.

Gefährliche Illusionen also, die die **Allmacht der Wirtschaft** an die Stelle **des demokratischen Staates setzen wollen!!** Gerade in der **gegenwärtigen** politischen **Schicksalsstunde** unseres Volkes könneten solche Illusionen in Verbindung mit hie und dort aufgekommenen sozial-reaktionärem Geist und unter Verkennung der internationalen politischen Lage, das deutsche Volk zum zweiten Mal an den **Rande des Verderbens** bringen.

Die Verfassung, ein Gesetz für den Staatsgeist, nicht allein für die Staatsform!

Glücklicherweise ist es bis heute nicht zu solchem Verhängnis gekommen. An der Abwendung dieser Gefahr haben die demokratisch-republikanischen Regierungen im Reich ein historisches Verdienst. Dabei gedenken wir im Augenblick besonders der Männer, die unter schwierigen Verhältnissen heute uns in London vertreten. Ihre **währungspolitischen** Maßnahmen, die eine **Hemmung** für die Strömungen nach der **wirtschaftlichen Diktatur** einerseits und andererseits ein Ende für die stark gewerkschaftlichen Forderungen nach fortwährender Besserung der Lohn- und Gehaltsverhältnisse bedeuten; trugen dazu bei, daß der Staat von den arbeitgebenden und arbeitnehmenden Kräften nunmehr von einem anderen Gesichtspunkt aufgefaßt wurde. Es kam das Rufen nach **Staatshilfe, Staatskrediten, Staatsschutz** für die produzierenden Kreise. Schutzzoll auf der einen Seite, gesetzlicher Achtstundentag auf der anderen, werden heute von dem **gleichen Staate verlangt,** den man noch gestern am liebsten in seinen Wurzeln verdorren ließ, dem man oft genug nach der **rechtlichen** oder **finanziellen** Seite das nicht gegeben hat, was er in den **Stunden höchster Not** von jedem, der sein Bürger ist, **verlangen kann.** Ist dieses Fordern an den Staat, dieses Verlangen nach seiner Hilfe und seinem Schutz eine **Bekehrung** derer, die seither gleichgültig, wenn nicht gar feindlich, seinem Grundgesetz, der Reichsverfassung, gegenüberstanden? Wenn wir auch zum Besten vieler dieser Fordernden annehmen wollen, daß sie ihre Stellung zum neuen Deutschen Reich und seiner Regierung revidiert haben, daß sie ihr Verlangen vorbringen, weil sie den guten Willen und das pflichtmäßige Handeln derer endlich anerkennen, die in der deutschen Politik die Bürden der Verantwortung trugen und heute noch tragen, so erfüllt uns doch ein tiefer Schmerz bei der Erkenntnis, daß gerade aus den **radikalsten Bewegungen** unseres Volkes, wo wenig verantwortliche Staatsgesinnung festzustellen ist, **der Schrei nach Schutz und Recht** durch eine starke Obrigkeit am lautesten ist. Überbietet doch niemand die **Kommunisten** und **Völkischen** im Deutschen Reichstag bei ihren geradezu terroristischen Anträgen, die sie an die Reichsregierung stellen. Es ist eben, was wir nur mit Bedauern feststellen können, **nicht** die von wahrhaftem **Staatsgeiste** getragene Einstellung, die diese Forderungen hervorbringt. Das Werk von Weimar würde zerfallen, es würde zu einem reinen Formalgesetz über Staatsform und Staatsgewalt herabsinken, wenn die **Gesinnung** nicht mehr in den deutschen Herzen lebendig wäre, aus der die neue **Reichsverfassung geboren** ist. Nicht parteitaktische Erwägungen, nicht klassenmäßige Bedürfnisse, nicht Landes- und Stammesgrenzen dürfen diese Gesinnung beeinflussen. Mit der Staatsform muß verbunden sein **die Idee der Nation,** des **Nationalstaates,** muß erfaßt werden in glühender Liebe das **Ideal der nationalen Freiheit.** Der Dienst im Volke und am Volke kann nur hervorgehen aus geistigen Kräften und Quellen, deren höchste und tiefste liegen in der **Idee der nationalen Freiheit** und **staatsbürgerlichen** Verantwortlichkeit, wie die Reichsverfassung, sie umschreibt. Gerade in einem Augenblick, wo durch die Londoner Verhandlungen unsere internationale Verflechtung mit der Weltwirtschaft und ihrem Kapital immer deutlicher sichtbar wird, wo die Mängel und Schatten reiner Formaldemokratien nicht unschwer zu erkennen sind, ist es unsere heilige Pflicht am deutschen Verfassungstage feierlichst zu betonen, daß wir **bewußt** einen **Geist unserer neuen Staatsform gegeben haben,** den Geist eines **freien, schaffenden, demokratischen Volkes!** Das Tributpflichtiggewordensein nach dem verlorenen Krieg läßt diesen Gedanken nicht schwächer werden, im Gegenteil, **je unfreier, je zwangsläufiger** das **Geschick Deutschlands seit dem Jahre 1918 geworden ist,** desto tiefer gräbt sich die Sehnsucht nach der nationalen Freiheit in die Herzen derer ein, die wahrhafte demokratische deutsche Männer und Frauen sind. Aus dieser Sehnsucht werden immer neue Quellen und Ströme hervorbrechen, bis **die Idee der Freiheit,** der **Geist des Werkes von Weimar,** soweit menschliches Können es vermag, zur **Tat** geworden ist.

Die Verfassung, eine Forderung nach politischen Persönlichkeiten!

Der sterbende Staatsmann Richelieu erklärte einstens, er habe nie einen Feind gehabt, der nicht der Feind des Staates gewesen sei. „Die Indentifizierung seiner persönlichen Interessen mit denen des Staates, die seine Stärke im Leben ausmachte, begleitete ihn in den Tod", sagt Ranke. Hier ist der Zusammenhang angedeutet zwischen den **einzelnen Menschen** jeder Nation **und dem,** was ihr Grundgesetz, ihre Verfassung **ihm sein muß. Ein Stück Persönlichkeit,** ein Stück **innerstes Sein und Wesen** soll die Verfassung einem jedem Bürger und einer jeden Bürgerin werden. Dann — und **nur dann** hat sie den Inhalt und **die** Macht, die wir bei ihrem Schaffen in Weimar ihr geben.

Alles intellektuelle Erfassen und Durchdringen der Reichsverfassung hat keinen Zweck, alles Erkennen und Abwenden wollen der sie bedrohenden Elemente hat keinen Erfolg, wenn nicht die **lebendigen Menschen** da sind, die aus **tiefstem sittlichen Wollen treue Beobachter des nationalen Grundgesetzes** sind. Allerdings der Polizeistaat schaft solche Menschen nicht. Der mehr repräsentative Obrigkeitsstaat vielleicht noch viel weniger. Es wird nur **der Staat** sein, der in seinen einzelnen Gliedern das Persönlichkeitsbewußtsein und die Persönlichkeitskraft entwickelt, mit anderen Worten, ein Staat, der „**Persönlichkeiten**" Raum gibt. Persönlichkeit ist aber andererseits nur der, welcher seine **sittlichen Rechte und Pflichten im Gemeinschaftsleben, im nationalen und beruflichen Zusammenleben, erkennt** und **erfüllt,** der also das **tiefste Wesen einer demokratischen Verfassung versteht.** Die Politik als solche, ebensowenig wie der politische Mensch können dem Sittengesetz entzogen werden und hier liegt der Grund, weshalb ich nun noch einige Worte nicht allein als verfassungstreuer Bürger, sondern auch als — **katholischer Politiker und Zentrumsabgeordneter** sagen muß. Ja, meine verehrten Anwesenden, ich **muß** sie meinen Gedanken, über die Reichsverfassung einfügen. Mögen andere verfassungstreue Bürger in ihrer Art und Verantwortlichkeit ähnliche Gedankengänge, wo sie als Redner über die Verfassung auftreten, entwickeln. Wir wären zueinander nicht wahrhaftig, nicht in Wirklichkeit helfende und stützende Demokraten in unserem armen Reiche, wenn wir im Tiefsten und Letzten uns nichts sagen könnten und das ist — es klingt fast wie eine Dissonanz in dieser feierlichen Stunde — das **weltanschaulich Trennende** auf dem gemeinsamen Boden der gleichen Reichsverfassung. Ein junger Denker aus dem Zentrum, Dr. Krone, hat es bei der Kundgebung für die deutsche Republik am 4. November v. Js. im Berlin in die bezeichnenden Worte gekleidet: „Ihr Sozialisten und Demokraten geht unter ganz anderen Gesichtspunkten an den Staat heran als wir Katholiken. **Uns ist der Staat eine in der göttlichen Ordnung der Dinge durch die kulturelle und politische Mentalität des Volkes bestimmte Größe.** Wir wissen und kennen diese Unterschiede der Anschauung zwischen euch und uns." Ja ,meine verehrten Anwesenden, nach unserer Auffassung hat die Autorität des Staates ihre Grenzen, wo die Forderung des Gewissens, des göttlichen Gesetzes in uns, überschritten wird. Der Staat ist nicht, wie Hegel ihn genannt hat, „der präsente Gott"; er ist nur der Stellvertreter Gottes im Natürlichen ,im Rechtlichen. Darum hält sich auch der christlich demokratische Mensch frei von jeder **Vergötterung** des Staates, aber er erkennt auf der andern Seite in den gesetzlichen und rechtmäßigen Forderungen der weltlichen Obrigkeit **Gottes Wille** und des **Höchsten Befehl.** Aus dieser Auffassung resultiert die reine, opferfähige, selbstlose Hingabe, an diesen Staat und sein Volk, resultiert der kühne und freudige Optimismus, der auch trotz Verachtung und Undank Verantwortungen tragen läßt. Das **religiöse Ethos** bringen wir befruchtend und belebend hinein in unsere Pflichterfüllung auf dem Boden der Reichsverfassung und wir möchten es in den Herzen aller Deutschen zum Motiv ihres staatsbürgerlichen Handelns werden lassen. **Die Politik muß in die Seelen der Menschen eindringen und die Seelen der Menschen müssen die Politik durchdringen.** Wie tiefsinnig, wie vorbildlich hat ein großer Heimgegangener, Walter Rathenau, diese Beziehungen gesehen und bis zum letzten Atemzuge als Wissender und Gläubiger politisch lebendig uns vor Augen gestellt! Ihm war die Politik **sittliche Pflicht!**

Vertiefen wir uns einen Augenblick in diesen Gedanken. Umfaßt die Reichsverfassung auch für uns **das Gebot, sich aller Mitmenschen im deutschen Vaterlande zu erbarmen, alle, die guten Willens sind, zur positiven Mitarbeit im verfassungsmäßigen Staate zuzulassen?** Damit tritt freilich eine hohe Aufgabe an den Arbeiter, an den Beamten und Angestellten, an den Unternehmer und den Mann der freien Berufe heran. In den Zeiten größter Not müssen dem Staat **Opfer** gebracht werden können. Nicht allen das Opfer des **Lebens** — wie im Kriege! — nicht allein das Opfer an **Geld und Gut** — wie bei Steuern und Abgaben! — sondern Opfer werden verlangt — vielleicht für viele die allerschwersten! — die da heißen: **Mäßigung** alter, herrenmäßiger Ansprüche, **Zurückstellung** egoistischer Standes- und Berufsziele, **Verständigung** mit all denen, die nach dem Zusammenbruch der einstigen Macht heute unter den neuen demokratischen Staatsformen berufen sind, wenn ihre Stunde gekommen ist, verantwortlich die Regierung zu übernehmen. Nicht um Zustände aus der Zeit vor 1918 blindwütend zu verdammen, nicht um die Kreise unseres Volkes, die vergangenen Tagen tatenlos nachtrauern, zu verletzen, haben wir diese ernste Gewissensfrage für jeden Deutschen aufgerollt. Nein, weil es die Frage in der politischen Führung unseres neuen deutschen Reiches, weil es die Grundlage unserer gesamten Verfassung ist.

Die Verfassung, das Grundgesetz eines wahren Volksstaates!

Der Gedanke des demokratischen Volksstaates muß in seiner ganzen Klarheit und Reinheit erfaßt werden — lebendig gestaltet werden. Das haben wir in Weimar als die Rettung unseres Volkes erkannt und gewollt. Ein Volksstaat ist allerdings undenkbar unter dem Schlagwort „Hie Bürgerblock — hie Proletariat!" Im Volksstaat sind **alle Bürger,** die Arbeiterschaft und mit ihr die große besitzlose Schicht ebensogut wie jene, die über festes Eigentum verfügen. Die Bedeutung der deutschen Arbeiterwelt — und damit sind alle hand- und kopfarbeitenden schaffenden Kräfte gemeint! — im neuen Staat darf nicht übersehen werden. Ohne sie keine innenpolitische Beruhigung, sondern Entfesselung wilder Bruderkämpfe! Ohne ihre Leistungen keine außenpolitische Befreiung, sondern weitere Knechtung und Entrechtung!! Das mögen sich alle diejenigen mahnend und warnend gesagt sein lassen, die an eine **Kritik** oder Weiterbildung der Reichsverfassung herantreten. Über alles Konstruktive von Staatsform und Staatsgewalt, vom Verhältnis der Länder zum Reich geht das **eindeutig Wesenhafte** der Verfassung: **der Volksstaat.**

Ihn, einen **wahrhaften Volksstaat,** in den Paragraphen unseres Werkes von Weimar, mehr aber noch in den Herzen und Hirnen aller deutschen Männer und Frauen zu vervollkommnen und zu vertiefen, das sei unser — des freien demokratischen Badischen Landes! —

Gelöbnis am Verfassungstage!

Dr. Wirth schloß seine Rede mit einem **Hoch auf das deutsche Vaterland,** in das die Anwesenden begeistert einstimmten, worauf das **Deutschlandlied,** das stehend von der Menge mitgesungen wurde, durch die Halle brauste.

*

Infolge Überfüllung der Festhalle mußte im **Konzerthaus** eine **Parallelversammlung** stattfinden, in der gleichfalls Reichskanzler a. D. **Dr. Wirth** sprach.

Feiern der Polizeibeamten

Auf Anordnung des Ministers des Innern fanden am Montag morgen in **Baden** in **allen staatlichen Gebäuden der Polizei** Verfassungsfeiern für die Polizeibeamte statt. An der Feier in **Karlsruhe** nahm der **Minister des Innern** selbst teil. In einer Ansprache wies er darauf hin, welche Bedeutung dieser Gedenk- und Festtag für das ganze deutsche Volk habe, insbesondere auch für die **Polizei,** die mit dazu berufen sei, die verfassungsmäßigen Grundlagen der staatlichen Ordnung zu schützen. Namentlich müßten die jungen, in der Ausbildung begriffenen Polizeibeamten auf den Wert der Verfassung, die die starke Stütze einer ruhigen staatlichen Entwickelung sei, hingewiesen werden. Die schlichte, eindrucksvolle Feier war von musikalischen Darbietungen der Vereinigung badischer Polizeimusiker umrahmt.

Verfassungsfeiern in Baden

WTB. **Mannheim,** 11. Aug. Der Einladung des Oberbürgermeisters zur Begehung des 5. Jahrestages des Erlasses der Weimarer Verfassung hatte die Bürgerschaft von Mannheim zahlreich Folge geleistet. Die Hauptstraßen prangten in reichem Flaggenschmuck. Zu der Gedenkfeier am heutigen Vormittag im Rosengarten waren Tausende von Männern und Frauen erschienen, die den Riesenraum des Nibelungensaales fast bis auf den letzten Stehplatz füllten. Nach einem Orgel- und einem Gesangsvortrag nahm Chefredakteur **Scheel** das Wort zu seiner Festrede. Er feierte die Verfassung als das Werk des deutschen Volkes, das durch die verfassunggebende Nationalversammlung, als alles zusammenstürzte, seine Geschicke selbst in die Hand nahm und neue Ordnung in das Chaos brachte.

e. **Bruchsal,** 11. Aug. Auf dem Kastanienplatz der prächtigen und aussichtsreichen Reserve beging gestern ein großer Teil der Bruchsaler Bevölkerung die Verfassungsfeier. Die vereinigten Gesangvereine der Stadt und die Stadtkapelle trafen gegen 11 Uhr mittags auf dem Platze ein, wo sich eine große Zuschauermenge angesammelt hatte. Musikalische Gaben bildeten das Präludium der Feier, dem Stadtrat **Holsch** seine Ansprache folgen ließ: Demokratie und Republik sind die beiden Grundpfeiler der Verfassung. Der demokratische Gedanke verlangt gleiche Recht für alle und schließt Bevorzugung einzelner Klassen aus. Das Bewußtsein deutscher Schicksalsgemeinschaft muß sich uns als Ansporn zur retten-

den Gesinnung — und Tat erweisen, die wir unsern gefallenen Brüdern als Dank schulden — das war der Grundgedanke der Rede. Begeistert nahm die Menge das Hoch auf das Vaterland auf, und die Hymne von Einigkeit und Recht und Freiheit wurde zum spontanen Ausdruck dieser Begeisterung. Die Sänger und Musiker setzten der Feier, die zu einer wirklichen Volksfeier wurde, den künstlerischen Schlußstein.

DZ. **Offenburg**, 11. Aug. Nachdem der **Stadtrat** mit Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse einer Verfassungsfeier ablehnend gegenüberstand, hat die **Sozialdemokratie allein** eine eigene Verfassungsfeier veranstaltet; die anderen Parteien hatten abgelehnt.

DZ. **Freiburg i. Br.**, 11. Aug. Zu einer bei aller Schlichtheit doch machtvoll wirkenden Kundgebung gestaltete sich die heutige Verfassungsfeier in Freiburg in der Kunst- und Festhalle, die mit Tannengrün und den Farben des Reiches, des badischen Landes und der Stadt reich geschmückt war. Zu Beginn marschierte die republikanische Jungmannschaft unter Gesang mit ihren Fahnen in den Saal und nahm am Fuße des Podiums Aufstellung. Nach Orchester und Gesangsvorträgen ergriff der Festredner, Stadtrat **Grumbach**, das Wort. Der Redner schloß seine von lebhaftem Beifall unterbrochenen Ausführungen mit dem Gelöbnis und der Aufforderung zu treuer Kameradschaft im Kampfe für den Bestand der Republik. Nach weiteren musikalischen Vorträgen endete die Veranstaltung mit der Absingung des Deutschlandliedes.

DZ. **Singen a. H.**, 11. Aug. Als Auftakt zur Verfassungsfeier fand in Anwesenheit von mehreren Tausend Zuschauern, nach einer festlichen Aufführung von Grillparzers „Weh dem der lügt", die zweite Hohentwielbeleuchtung statt. Unter zahlreicher Anteilnahme der gesamten Einwohnerschaft war im Stadtgarten ein Festakt. Am Nachmittag folgten sportliche Wettkämpfe. Der Tag verlief ohne jede Störung.

Die Verfassungsfeier in Berlin

Berlin, 11. Aug. (Wolff.) Anläßlich der **Verfassungsfeier im Reichstag** vereinigte sich eine festlich gestimmte Versammlung im Plenarsitzungssaal, der bis zum letzten Platz gefüllt war. Der Saal prangte in reichem Schmuck. Am 12 Uhr erschien in der Diplomatenloge der **Reichspräsident**, den die Versammlung durch Erheben von den Plätzen begrüßte. Mit ihm nahmen in der Loge der Vizepräsident des ReichstagesIeßer, der preußische Ministerpräsident Braun, Reichsminister a. D. **Preuß**, der Vater der Weimarer Verfassung und der Reichsverkehrsminister **Oeser** Platz. Mit dem Chorgesang „Wo ist so ein herrlich Volk" von Johannes Brahms leitete der Staats-Domchor die Feier ein.

Der Hamburger Senatspräsid. **Dr. Petersen** gab nach einer Würdigung des Geistes der Weimarer Verfassung einen geschichtlichen Überblick über die Schwierigkeiten, die auf dem Wege zur deutschen Einheit überwunden werden mußten. Er betonte das starke Band der gemeinsamen Sprache und rief den **deutschösterreichischen Brüdern** zu, daß einmal auch mit ihnen keine Grenzen mehr bestehen werden. Er trat nachdrücklich für die **Beendigung des Flaggenstreites** ein. Der geschichtliche Sinn der schwarzrotgoldenen Flagge des alten deutschen Bundesstaates sei die Umfassung der deutschen Volkseinheit. Er bezeichnete es ferner als Verkennung der historischen Tatsache, wenn man die deutsche Republik eine Schöpfung des zusammengebrochenen Volkes vom November 1918 nenne. Die deutsche Republik sei eine Schöpfung der **wiedererwachenden deutschen Nation** vom August 1919. Falsch sei auch die Behauptung, daß sich ein deutsches Nationalgefühl innerhalb der republikanischen Staatsform nicht in seiner vollen Stärke auswirken könne. Der Redner dankte dann allen denen, die in Heer und Marine sich in den Dienst der Republik stellten und rief allen durch Fremdherrschaft und unnatürliche Grenzen vom Mutterlande abgeschnittenen deutschen Sammesgenossen zu, daß sie das deutsche Gemeinschaftsgefühl mit seinen unlösbaren Banden umschlinge. Bürgermeister Dr. Petersen schloß die mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen mit dem Ruf: **„Es gibt keinen anderen Weg zu nationaler Freiheit und nationaler Kraft als den durch die deutsche Republik!** Die deutsche Republik, geschaffen durch deutschen Willen, deutschen Geist und deutsches Gemeinschaftsgefühl, möge der Hort des Friedens und des Rechtes sein!

Nach der mit stürmischem Beifall aufgenommenen Rede des Hamburger ersten Bürgermeisters erklang feierlich und ergreifend der Chorgesang: „Ich hebe meine Augen auf zu den Bergen" von Albert Becker, vorgetragen vom Domchor, durch den weiten Raum. Dann ergriff anstelle des noch in London weilenden Reichskanzlers Minister des Innern Dr. **Jarres** das Wort. Mit dem gemeinschaftlichen Gesang der ersten und letzten Strophe des Deutschlandliedes fand die Verfassungsfeier ihren Abschluß. Als der Reichspräsident mit seiner Begleitung das Reichstagsgebäude verließ, begrüßte er die auf dem Köngsplatz aufgestellte Ehrenkompagnie, die nach ihrem Vorbeimarsch unter den Klängen des Deutschlandliedes abzog. Dem Reichspräsidenten wurden bei seiner Aufahrt von dem Publikum zahlreiche Huldigungen dargebracht.

Die Verfassungsfeier fand Montag abend ihren Abschluß durch eine Feier im **staatlichen Schauspielhaus**. In Anwesenheit des Reichspräsidenten und zahlreicher Ehrengäste wurde die 9. Symphonie von Beethoven zum Vortrag gebracht. Später erschien der Reichspräsident auf der Freitreppe vor dem Theater, wo mehrere Tausend Mitglieder des **Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold** mit Fahnen und Fackeln Aufstellung genommen hatten. In seiner Schlußansprache erinnerte der **Reichspräsident** daran, daß das größte Verdienst der letzten Jahre mit deren außerordentlich harten Kämpfen, die Erhaltung der Einheit des deutschen Reiches gewesen sei. Er gedachte ferner der verantwortungsvollen schweren Arbeit der deutschen Delegation in London, an die er mit dem deutschen Volke die herzlichsten Wünsche richtete und schloß dann mit einem brausend aufgenommenen Hoch auf die deutsche Republik, zu der sich die Mehrheit des deutschen Volkes bekenne. Nach dem Gesang des Deutschlandliedes setzte sich der unübersehbare **Fackelzug** nach dem Stadtzentrum in Bewegung. Auch diese Schlußveranstaltung, wie auch die Massenkundgebung der sozialdemokratischen Partei sind ungestört verlaufen.

*

Montag vormittag fand im Lustgarten die Verfassungsfeier der **Berliner Polizei** statt, an der etwa 7000 Schutzpolizisten, darunter mehrere berittene Hundertschaften, teilnahmen. Der Feier wohnte auch der Reichspräsident bei. Der preußische Ministerpräsident **Braun** erklärte, daß die preußische Schutzpolizei auch weiterhin treu zur Reichsverfassung stehen werde. Der **Reichspräsident** dankte für diese Erklärung und rühmte mit lebhafter Genugtuung die Haltung der Schutzpolizei, deren Angehörige ein wesentliches Verdienst daran haben, daß selbst in den schwersten Stürmen und Wirrnissen der letzten Jahre die Staatsautorität gewahrt, die Grundlage des öffentlichen Lebens, die Reichs- und Staatsverfassung geschützt und erhalten blieb. Er gedachte der zahlreichen Schutzpolizeibeamten, die in treuer Pflichterfüllung Leben und Gesundheit dahingegeben haben und forderte die Schutzpolizei auf, auch künftig ihre schwere staatspolitische Pflicht zu tun. Deutschland dürfe nicht durch Phantasten und Fanatiker in Bürgerkrieg und Chaos gestoßen werden und entbot den anwesenden Vertretern der Schutzpolizei den Gruß der Deutschen Republik. Reichsminister **Oeser** schloß sich namens des Reichskanzlers den Ausführungen des Reichspräsidenten an. Nach den drei Ansprachen wurde unter Begleitung des Schupoorchesters gemeinsam das Deutschlandlied gesungen. Dann erfolgte der geschlossene Abmarsch der 5000 Schutzpolizisten durch die Straße Unter den Linden.

Ein Telegramm des Reichskanzlers

Berlin, 11. Aug. (Wolff.) Beim **Reichspräsidenten** ist heute vormittag folgendes **Telegramm des Reichskanzlers** aus London eingegangen: „Anläßlich des Verfassungstages übersendet Ihnen, Herr Reichspräsident, die deutsche Delegation in London einen ehrerbietigen Gruß. Möge das Werk des Wiederaufbaus unseres Vaterlandes die Zusammenfassung unseres Volkes in allen Schichten und Stämmen zu neuer Kraftentfaltung, für welche die Reichsverfassung den Grundstein bildet, in den kommenden Jahren zu unser aller Befriedigung fortschreiten. Die außenpolitischen Bedingungen hierfür zu schaffen, ist die schwere Aufgabe, die der deutschen Delegation obliegt. Sie widmet sich dieser Aufgabe im Bewußtsein der damit verbundenen Verantwortung und mit dem Ziele, eine Lösung zu finden, welche Europa den Frieden und dem deutschen Volke die Freiheit gewährleistet."

Berlin, 11. Aug. Der **Reichspräsident** beantwortete das **Telegramm des Reichskanzler** wie folgt: „Ich erwidere Ihren Gruß mit dem herzlichen Wunsche, daß Ihre und Ihrer Mitarbeiter verantwortungsvolle Arbeit zu einer Lösung führen möge, die unserem schwergeprüften Vaterlande die Freiheit und Hoffnung auf eine friedliche Entfaltung seiner Kräfte gibt. Überall wo gestern und heute das deutsche Volk in feierlicher Versammlung sich zu der Weimarer Verfassung und zum Staatsgedanken bekennt, gedenkt es auch in Vertrauen und herzlicher Gesinnung Ihrer und der deutschen Delegation in London."

Die Feier in Weimar

Zu der am Sonntag vom **Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold** veranstalteten Verfassungsfeier in **Weimar** hatte sich die Stadt reich geschmückt. Im Laufe der Nacht zum Sonntag trafen in Extrazügen tausende von Teilnehmern des Reichsbanners aus allen Teilen des Reiches in Weimar ein. Am Sonntag vormittag fand die **Hauptfeier im Nationaltheater** statt, gleichzeitig an den Gräbern der beim Kapp-Putsch Gefallenen eine Totenfeier, die ebenfalls stark besucht war. Die Kranzniederlegung vollzog sich ohne jede Störung. An der Hauptfeier nahmen u. a. die Reichstagsmitglieder Fehrenbach, Haas, Löbe und Wels teil; ferner der Schöpfer der Weimarer Verfassung, Professor Dr. Preuß, General v. Daimling und Generalinspektor der österreichischen Armee, Körner.

Nach dem Gesang der republikanischen Hymne wurde von einem Schauspieler des Nationaltheaters ein Prolog von Fritz v. Unruh vorgetragen. Unter den offiziellen Rednern erinnerte Professor **Preuß** an die Notwendigkeit einer raschen Ausarbeitung der Verfassung und bezeichnete es als ein großes Verdienst, daß bereits 3 Monate nach der Revolution mit der Beratung der neuen Verfassung begonnen wurde. General **Deimling** wandte sich sehr scharf gegen die Kriegshetze gewisser Verbände und betonte, das deutsche Volk müsse wieder arbeiten und schaffen lernen, damit der Wiederaufbau vor sich gehen könne. Das sei freilich schwerer, als in den Straßen herumlaufen und singen „siegreich wollen wir Frankreich schlagen". Der Generalinspektor des österreichischen Heeres, **Körner**, überbrachte die Grüße Österreichs und feierte die deutsche Verfassung als Vorbild für die Gestaltung der österreichischen Staatsverhältnisse. Die Reichstagsabgeordneten **Fehrenbach** und **Haas** legten besonderen Nachdruck auf den Umstand, daß seinerzeit die Verfassung von allen Mitgliedern der Nationalversammlung gewünscht wurde und daß auch die Deutschnationalen in den Kommissionen fleißig mitgearbeitet haben. Dr. Haas wies den Vorwurf zurück, die Verfassung verdanke ihre Entstehung dem Hochverrat. Der frühere Reichstagspräsident **Löbe** appellierte an die Gesittung und Hilfsbereitschaft der deutschen Jugend. Man müsse erkennen, daß jeder, der die Ehrenzeichen der Republik trage, ein hilfsbereiter Mensch sei.

Nach der Feier, die von Männerchören umrahmt war, sprachen mehrere der genannten Redner vom Balkon des Nationaltheaters an das vieltausendköpfige Publikum, unter dem mehrere tausend Bundesmitglieder des Reichsbanners aufgestellt waren. Der Schauspieler **Illiger** trug das Freiligrath'sche Gedicht schwarz-rot-gold vor, das von der Menge in feierlicher Stille angehört wurde. Nach dem Absingen vaterländischer Lieder begann der Abmarsch in Gliedern zu 8 Mann. Etwa 1¾ Stunden dauerte der Zug. Er defilierte an dem General Deimling, Professor Preuß und dem Bundesvorstand des Reichsbanners vorbei. Am Nachmittag und Abend fanden Festlichkeiten in etwa 10 Gartenlokalen und im Volkshaus statt.

Eine Rede des Reichspräsidenten in Münster

Die alte Westfalenhauptstadt **Münster** prangte am Sonntag in Fahnenschmuck zu Ehren des **Reichspräsidenten**, der mit Vertretern der Reichsregierung und der preußischen Regierung der in Münster schon am Sonntag veranstalteten Verfassungsfeier beiwohnte. Auf dem Bahnhof begrüßte der Eisenbahner-Gesangverein den Reichspräsidenten mit zwei Liedern. Im Bahnhof bildeten uniformierte Eisenbahnbeamte mit der das Deutschlandlied singenden Menge Spalier. Der Reichspräsident und die übrigen Ehrengäste fuhren durch die festlich geschmückte Stadt zum **Schloß**. Dort fand inzwischen ein großer Empfang der Vertreter der Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden, der Abgeordneten, der Presse und der Führer der politischen, wirtschaftlichen, sozialen und geistigen Lebens aus der ganzen Provinz statt, dem sich ein Empfang der Bischöfe von Münster und Paderborn und der übrigen Spitzen der kirchlichen Behörden anschloß.

Oberpräsident **Gronowski** begrüßte den Reichspräsidenten im arbeitsfrohen, schönen, aber auch leidenden Westfalen. Diese Räume haben die Höhen und Tiefen der Geschichte der letzten anderthalb Jahrhunderte geschaut. Aufrecht, opferfreudig und treu haben alle ihre Heimat und ihrem deutschen Vaterlande gedient. Mit diesen Eigenschaften und dem festen Willen, Preußen-Deutschland einig und ungeteilt zu erhalten, wünschen wir, daß das deutsche Volk aus den Tiefen der Gegenwart zu den Höhen der Gleichberechtigung und Selbstgeltung emporsteigen möchte.

Reichspräsident **Ebert** erwiderte mit Worten des Dankes und der Anerkennung für die selbstlose und mutige Haltung, welche die Beamtenschaft, die Führer der Provinz wie die ganze Bevölkerung Westfalens in den schweren Monaten des Abwehrkampfes an der Ruhr fremder Gewalt entgegengesetzt haben, und brachte den Wunsch zum Ausdruck, daß dem westfälischen Lande nun bald wieder ein Aufstieg beschieden sei. Das unverrückbare Ziel der Reichspolitik sei, **deutsches Land von fremder Besatzung zu befreien**, Reichs- und Staatshoheit und die alte Selbstverwaltung wieder in ihre Rechte einzusetzen und der deutschen Bevölkerung Recht, freie Betätigung und wirtschaftliche Entfaltungsmöglichkeit wiederzugeben. „Treue um Treue!" soll und darf kein klingender Spruch für festliche Versammlungen sein; Treue ist nicht Wort, sondern **Tat!** Neben allen Bedenken, neben allen ernsten Sorgen der Möglichkeit der Durchführung der übernommenen Verpflichtung steht unsere Pflicht, die besetzten Gebiete in ihrer Not nich allein zu lassen. In aller Not des unglücklichen Kriegsausganges und des Druckes außen- und innenpolitisched Machtfaktoren hat sich das **Bewußtsein deutscher Schicksalsgemeinschaft** stärker erwiesen als fremde Lockung und Gewalt, aber auch stärker als eigene Zwietracht. In allen diesen Kämpfen und Bedrängnissen hat unser Volk seine Einheit und staatliche Organisation gewahrt und hat diesem fundamentalen Grundgedanken, dem festgefügten Reiche, heute vor fünf Jahren in einem neuen Grundgesetz, der Verfassung von Weimar, Ausdruck gegeben. Schon deshalb haben wir ein Recht, des heutigen Tages zu gedenken und Herz und Sinne zu erheben zu unserem größten politischen Gute, **der deutschen Einheit, dem deutschen Reiche!** Nur auf dem festen und sicheren Rechtsboden, den vor fünf Jahren nach Monaten schwerer Wirrnisse die aus freier Wahl hervorgegangene Nationalversammlung in der Verfassung der **deutschen Republik** uns gegeben hat, kann sich unsere weitere staatliche Entwicklung und unsere außenpolitische Zukunft vollziehen. Nur dann, wenn wir wenigstens in allen Grundfragen der Zukunft und des Lebens unserer Nation geschlossen zusammenstehen, können wir in diesem Drang der Zeit es wagen, unser Schicksal zu meistern, und fest auf unsere Zukunft vertrauen.

Namens der preußischen Regierung sprach **Severing** den preußischen Beamten der Provinz seinen besonderen Dank für die echte Westfalentreue aus, die sich nicht nur im Ruhrkampf, sondern schon vorher dem Staate bewiesen hätten. Der Minister schloß mit einem Hoch auf die Provinz Westfalen. Zum Schluß des Empfanges sprach der Senior der Versammlung, Reichstagsabgeordneter **Herold** (Zentrum) dem Reichspräsidenten den Dank der Bevölkerung Westfalens für seinen Besuch aus.

Die Feier in München

München, 10. Aug. (WTB.) Unter Beteiligung aller republikanischen Parteien und Verbände hat die Organisation **Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold** heute Vormittag auf dem Ausstellungsgelände eine Gedenkfeier des Jahrestages der Weimarer Verfassung abgehalten. Vertreten waren u. a. die Zentrumspartei, die Deutsch-Demokratische und die Sozialdemokratische Partei, die Gewerkschaften, Allgemeiner Deutscher Beamtenbund, der Afabund, der Zentralrat der Betriebsräte, der Republikanische Reichsbund, der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, das Kartell republikanischer Studenten sowie sämtliche Arbeiter-Turn- und Sportvereine. Als erster Redner war der angekündigte Bundeskanzler a. D. **Renner** (Wien) nicht erschienen. Nach der einleitenden Musik und Chorvorträgen teilte der Landtagsabgeordnete **Auer** in seiner Feierrede mit, daß der bayerische Ministerpräsident die an ihn ergangene Einladung zur Teilnahme an der Verfassungsfeier mit dem Bemerken abgelehnt habe, daß er durch anderweitiger Inanspruchnahme verhindert sei, der Einladung Folge zu leisten. Der Redner feierte die Weimarer Verfassung als ein Werk nicht der blutigen Gewalt, sondern des Geistes der friedlichen Arbeit. E gedachte der unter der Fremdherrschaft schmachtenden Volksgenossen und forderte, wie für die stammverwandten Österreicher, das Recht der Selbstbestimmung. Die Parole müsse sein: Gegen Kleinstaaterei, für das freie, einige, große Deutschland. — Zu den vor der Halle versammelten sprach Dr. **Dehler** von der Deutschen Demokratischen Partei. Die teilnehmenden Organisationen rückten in kleineren Gruppen nach der Hauptfeier in ihre Standquartiere ab, ohne daß es zu Zwischenfällen kam. Am Vorabend hatte der Republikanische Reichsbund eine Verfassungsfeier veranstaltet, in der Frau Toni **Sender** (Frankfurt a. M.) sprach.

Die Verfassungsfeier in London

WTB. **London**, 12. Aug. Anläßlich des Verfassungstages fand gestern in den Räumen der **deutschen Botschaft** in Anwesenheit des deutschen Reichskanzlers Dr. **Marx** und der übrigen Mitglieder der deutschen Delegation, zahlreicher deutscher Pressevertreter und zahleicher Mitglieder der deutschen Kolonie, eine **einfache würdige Feier** statt. Der **Reichskanzler** begrüßte die Erschienenen in einer Ansprache, in der er betonte, daß es durch Schaffung der gesetzmäßigen Verfassungsgrundlage gesungen sei, das Reich vor dem Verfall zu bewahren. Das Ziel der deutschen Verfassung bestehe in der Erhaltung und Stärkung der inneren Kraft durch feste Einheit. Heute nach 5 Jahren könne man sagen, daß dieses Ziel trotz aller Widerstände erreicht worden sei. In bezug auf die **Londoner Konferenz** sprach der Reichskanzler die Hoffnung aus, daß bald die Stunde schlagen möge, in der Deutschland in Frieden und Freiheit mit den anderen Völkern der Welt dem Fortschritte der Kultur und der Zivilisation dienen könne, dann würde auch die Frage der Reichsverfassung Allgemeingut des deutschen Volkes werden.

Die Londoner Konferenz

Wiederbeginn der Verhandlungen

Die Nachrichten aus London lauten im allgemeinen günstig. Der französische Ministerpräsident **Herriot** ist am gestrigen Montag von Paris wieder nach Lonodon zurückgekehrt, nachdem ihm der **Ministerrat** einstimmig seine Zustimmung zu seiner bisherigen Politik und ihm freie Hand weiter gewährt hatte. Hauptsächlich war in Paris die Räumungsfrage strittig, doch scheint auch **Rollet** jetzt Herriot zugestimmt zu haben. Über die Lage berichtet die „Frankfurter Zeitung" aus London zusammenfassend u. a.:

Optimisten erwarten eine Einigung etwa auf der Basis einer progressiven **militärischen Räumung** binnen eines halben Jahres oder wenig länger nach der Inkraftsetzung des Dawesplanes, jedenfalls aber mit absolut **festen Fristen**, so daß keine Zweifel und Bedingungen übrig bleiben; doch würden zugleich die bekannten ökonomischen Vereinbarungen zu treffen sein, während naturgemäß jene **militärische Generalkontrolle**, die längst von deutscher Seite bewilligt worden ist, ebenfalls im Verlauf der nächsten Monate stattfände, ohne aber mit der garantierten Ruhrräumung verbunden zu sein. Erst bei der Entscheidung über die Räumung der **Kölner Zone** im Januar wäre zu prüfen, ob inzwischen von deutscher Seite alle Verpflichtungen erfüllt worden sind. England behielt sich demgemäß zunächst vor, ob es im Januar räumen will. Die Entscheidung darüber fällen die Alliierten gemeinsam. Andererseits gilt es nunmehr als sicher, daß die **Frage der Zurücklassung der Eisenbahner endgültig erledigt** ist, indem Frankreich darauf verzichtet und die Alliierten vermutlich auf das deutsche Angebot zurückkommen, für gewisse Linien ein Streikverbot zu erlassen. Daneben besteht der englische Vorschlag, daß die Zahl der durch das Rheinlandabkommen eingesetzten **Militärinspektoren der Eisenbahnen** etwas vermehrt wird. Diese Spekulationen, die auch in der gesamten Presse zum Ausdruck kommen, gehen davon aus, daß Herriots versöhnliche Politik in Paris, wie der „Daily Telegraph" sagt, viel größeren Rückhalt auch in der öffentlichen Meinung gefunden habe, als Herriot selbst erwartete, so daß er ohne allzu große Mühe in Paris durchdrang. Die Spekulation setzt ferner voraus, daß die französische Haltung auf die **Zusicherung Macdonalds** aufgebaut sei, bei der nachfolgenden Finanzkonferenz der Alliierten auch die **Schuldenfrage** zu behandeln.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Die Befriedigung der Presse über die Pariser Nachrichten wird in **deutschen** Kreisen **nicht allgemein geteilt.** Man stellt mit Befremden fest, daß in der öffentlichen Meinung der Welt der Eindruck erweckt wird, als seien die Franzosen und Engländer völlig einig und als müsse es nun an Deutschland liegen, wenn nicht eine rasche Einigung, besonders über die Frage der **militärischen Räumung** erfolgt. Besonders in Kreisen, die nicht unmittelbar der Delegation angehören, wird das Bedenken laut, daß eine solche Einigung auf **Kosten des Interesses der deutschen Privatwirtschaft** gesucht werden könnte, während es nach Ansicht dieser Kreise möglich sei, auch ohne einen handelspolitischen Preis, wie die Bevorzugung der elsaß-lothringischen Industrie, die militärische Räumung durchzusetzen. Diese überaus schwierige Frage war von Anfang an die Hauptsorge der deutschen Delegierten und man muß abwarten, wieweit sie sie tatsächlich gezwungen sieht, den Franzosen prinzipielle Zusicherungen zu machen. Die Meinung besteht, daß zunächst die Deutschen und die Franzosen sowie die Deutschen und die Belgier **separat** in einen Gedankenaustausch treten.

Die Lage

WTB. **London,** 12. August. Über die Hauptpunkte, die gestern in London beraten wurden, die **militärische Räumung** des Ruhrgebietes, die **Militärkontrollfrage** und die **wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich** meldet der Sonderberichterstatter des „Quotitien":

Der französische Plan für die Räumung des Ruhrgebietes stelle kein Tauschgeschäft dar. Gebunden an die Verpflichtungen Poincarés gedenke die französische Regierung das Ruhrgebiet unter den Bedingungen zu räumen, die ihr am gerechtesten erscheinen, und sie stehe auf dem Standpunkt, daß man erst erfahren müsse, ob der Sachverständigenplan angemessen funktioniere oder nicht. Sie werde das Ruhrgebiet bis **spätestens ein Jahr** nach der Ausführung des Sachverständigenplanes räumen. Und wenn sie für die Dauer der Ruhrbesetzung ein Maximum festsetze in der Annahme, daß Deutschland die neuen Verpflichtungen erfülle, die es in London eingehe, behalte sie sich die Möglichkeit vor, das Ruhrgebiet rascher zu räumen. Gestern abend habe sich **Herriot** längere Zeit mit Dr. **Stresemann** über diese Frage unterhalten und den englischen Ministerpräsidenten über seine Besprechung mit dem deutschen Außenminister unterrichtet.

Was die Militärkontrolle anlange, so habe **Macdonald** ohne weiteres den Vorschlag **Herriots** angenommen bei Deutschland die von der Botschafterkonferenz gestellten Bedingungen durchzusetzen, ehe die Protokolle der Konferenz unterzeichnet würden. Die **Kölner Zone** werde von den englischen Truppen geräumt werden, wenn die Abrüstung Deutschlands genügend durchgeführt sei, damit die interalliierte Kontrollkommission in Berlin ihre Vollmachten an den Völkerbund übertragen könne.

Hinsichtlich der **französisch-deutschen wirtschaftlichen Beziehungen** wird gemeldet, der französische Finanzminister Clementel habe gestern Dr. **Stresemann** ein Dokument überreicht, in dem die leitenden französischen Grundsätze des Abkommens und die französische Auffassung niedergelegt sind. Das Abkommen soll auf dem Grundsatz der **Meistbegünstigung mit Gegenseitigkeit zwischen Frankreich und Deutschland** aufgebaut werden. So werde Deutschland durch langfristige Verträge Frankreich beispielsweise Ersatz für elsäßische Erze den notwendigen Koks liefern müssen. Desgleichen müssen auch nach 1925 das Saargebiet im Austausch gegen zollfreie Einfuhr deutscher Ware auch seinerseits nach Deutschland einführen können. Der leitende Gedanke gehe dahin, normale wirtschaftliche Beziehungen zwischen Ostfrankreich und Westdeutschland anzustreben. Dr. Stresemann habe die französischen Vorschläge als Ganzes angenommen, aber in gewissen Einzelheiten Vorbehalte gemacht.

Die Frage der militärischen Räumung

WTB. **Paris,** 12. Aug. Der Sonderberichterstatter des „Matin" in **London** nimmt an, daß die französische Delegation den Deutschen **Zugeständnisse** in der Frage der Beibehaltung der viertausend **französisch-belgischen Eisenbahner** auf den rheinischen Bahnen machen wird.

Die Haltung der französischen Delegation in der Frage der **militärischen Räumung** des Ruhrgebietes sei sehr schwankend gewesen. Sie habe die Besetzung des Ruhrgebietes zuerst gegen Zugeständnisse in der Sicherungsfrage, dann gegen Zugeständnisse in der Frage der interalliierten Schulden oder gegen vorweggenommene Reparationszahlungen austauschen wollen. Durch die Aufgabe der industriellen Besetzung des Ruhrgebietes sei unmittelbar die Frage der militärischen Besetzung aufs Neue zur Sprache gekommen.

Die **französischen Vorschläge** lassen sich nach dem Berichterstatter wie folgt zusammenfassen: Die abschließende Inspektion der deutschen Rüstungen durch die Interall. Kontrollkommission beginnt **unverzüglich.** Einen Monat lang finden Kontrollgänge mit vorheriger Ankündigung statt. — Nach Ablauf dieses Monats werden — wenn die Kontrollkommission es für richtig hält, die Kontrollgänge ohne vorherige Ankündigung noch weiter drei Monate lang ausgeführt werden. Auf diese Weise kommt man bis **zum Ende dieses Jahres** und kann dann **Entscheidung** darüber treffen, in welchem Maße die Kontrolle eingeschränkt und wenn möglich dem Völkerbund anvertraut werden kann, der bis dahin über die nötigen Organe verfügen wird. Der Bericht der Kontrollkommission wird von entscheidendstem Einfluß für den Entschluß **Englands** hinsichtlich der militärischen Räumung der **Kölner Zone** sein. — Die französischen Minister haben nach dem Berichterstatter den eben gekennzeichneten Standpunkt in einem **Memorandum** zusammengefaßt. Aller Voraussicht nach wird am Mittwoch in einer Konferenz mit den Deutschen die Entscheidung über die Militärkontrolle fallen.

Die Luxussteuer

In der letzten Zeit wurde wiederholt in der Tages- und Fachpresse die Aufhebung der **erhöhten Umsatzsteuer** (Luxussteuer) mit der Begründung gefordert, daß ihr Ertrag von jeher unbedeutend gewesen sei und in keinem Verhältnis zu den Erhebungskosten stehe. Demgegenüber betont das WTB. offiziös, daß die Luxussteuer, deren Aufkommen in letzter Zeit zwischen 8¼ **und 10 Millionen Mark monatlich** schwankte, einen nicht unerheblichen Anteil der **Reichseinnahmen** ausmacht und daß die Erhebungskosten außerordentlich gering sind. Dies erklärt sich einmal daraus, daß die Luxussteuer zusammen mit der allgemeinen Umsatzsteuer veranlagt und verwaltet wird; weiter daraus, daß seit der grundlegenden Neugestaltung der Luxussteuer in den Jahren 1921 und 1922 ihre Durchführung dank der zugrundegelegten Gruppen des Besteuerungssystems (Heranziehung ganz großer Warengruppen ohne Differenzierung) sowohl für den Steuerpflichtigen wie für die Steuerbehörden sehr erleichtert ist.

Erwerbslosenfürsorge. Im „Reichsanzeiger" werden am Montag die neuen Höchstsätze der Erwerbslosenfürsorge veröffentlicht. Diese treten am gleichen Tage in Kraft. Die Unterstützungen sind ungefähr in dem Ausmaß der Reichstagsbeschlüsse erhöht.

Badischer Landtag

Die Schlußrede des Landtagspräsidenten

lautete:

Meine Damen und Herren! Wir stehen am Ende der parlamentarischen Arbeit unseres **Landtags** für diese Sitzungsperiode. Die Ungunst der Zeitverhältnisse machten die rechtzeitige **Fertigstellung des Staatsvoranschlags** unmöglich. Das hatte auch die verhältnismäßig späte Einberufung des Landtags zwecks Beratung des Etats zur Folge. In 209 Sitzungen der Ausschüsse und in 44 Sitzungen des Plenums hat die **Volksvertretung** ihrer Pflicht der **Gesetzgebung** und **Kontrolltätigkeit** zu genügen sich bemüht. In manchmal sehr heißen und heftigen Meinungskämpfen haben die Parteien gerungen, um ihre politische Stellung zu den einzelnen politischen und wirtschaftlichen Fragen zur Geltung und zum Ausdruck zu bringen. Es darf unterstellt werden, daß sich jeder Volksvertreter der schweren und gerade in einem **republikanisch-demokratischen Staatswesen** doppelt ernsten **Pflichten** gegenüber Staat und Volk bewußt war und aus diesem Bewußtsein heraus seine parlamentarische Arbeit zu leisten gewillt war.

Wenn unser **Staatswesen** vor schweren Erschütterungen bewahrt blieb und wenn wir Staat und Volkswirtschaft in Ordnung zu halten vermochten, so darf das in erster Line der umsichtigen, energischen und zielsicheren Tätigkeit unserer **Regierung** verdankt werden. Gleichviel welcher Partei wir angehören, darin werden wir wohl alle einig gehen, daß alle Mitglieder unserer Staatsregierung von dem besten Willen und von den lautersten Motiven geleitet, sich bestrebt haben, ihre ganze Arbeitskraft in selbstlosester Weise für Volk und Staat einzusetzen. Dafür schuldet ihnen das **ganze badische Volk** warmen Dank.

Ich darf wohl die Zustimmung der großen Mehrheit des Hohen Hauses voraussetzen, wenn ich mich als Sprecher des badischen Volkes in diesem Augenblick betrachte und diesen Dank der **Regierung** übermittle. Ich darf ihn ausdehnen auf **alle Mitarbeiter der Herren Minister** in ihren Ressorts, die gerade in den Zeiten der Parlamentstagung in angestrengtester Tätigkeit sich einsetzen mußten.

Ich darf weiter den Dank aussprechen meinen **Kolleginnen und Kollegen im Präsidium des Landtags,** ferner dem Herrn **Direktor** und dem Herrn Archivar beim Landtag, den Herren **Stenographen,** deren Nerven wir gerade in den letzten Wochen sehr stark in Anspruch genommen haben; ebenso danke ich sämtlichen **Angestellten** des Hauses, die in steter Zuvorkommenheit und Willigkeit ihren Dienst versehen haben.

Nun noch ein Wort der Anerkennung und des Dankes auch an die **Presse;** sie ist ja die Vermittlerin zwischen Parlament und Öffentlichkeit. Eine ihrer hohen und ernsten Aufgabe sich bewußten Presse ist gerade in einem Volksstaate eine unerläßliche Notwendigkeit, aber auch eine Macht von gewaltigem Einfluß. Möge jeder Vertreter der Presse der Verantwortung stets gedenken! Wir danken ihr und ihren Mitarbeitern.

Damit wollen wir unsere Arbeit beschließen.

Hierauf sprach der **Fraktionsvorsitzende der Sozialdemokratie,** Abg. **Marum,** dem Präsidenten Dr. **Baumgartner** für seine gerechte, umsichtige und energische Führung des Präsidialamtes den Dank des ganzen Hauses aus.

In seinem **Schlußworte** führte der **Präsident** folgendes aus: Wir gedenken heute mit banger Sorge des Schicksals unseres **deutschen Volkes und Reiches,** das gerade in diesen Stunden in London entschieden wird. Wir wollen hoffen und wünschen, daß die dort vertretenen **Weltmächte** sich der ungeheueren Verantwortung bewußt werden, die sie tragen gegenüber der Weltkultur, gegenüber der Menschheit. Wir wollen hoffen, daß sich die **Wahrheit** über den Anteil der Weltmächte an der **Kriegsschuld** Bahn bricht und daß die Morgenröte der aus dunkelstem Gewölk von Lüge und Verleumdung hervorbrechenden Wahrheit dereinst unserem geliebten deutschen Volke und damit auch unserer badischen Heimat bringen werde die **Freiheit** und damit die Möglichkeit zum **Wiederaufstieg** entgegen einer zwar harten und schweren, aber doch besseren Zukunft. Das walte Gott!

*

Übersicht über die in der laufenden Sitzungsperiode (1924/25) erledigten Geschäfte

Öffentliche Sitzungen 44, Ausschußsitzungen 209.

Es sind eingegangen (außer den Gesuchen s. u.): Gesetzentwürfe der Regierung Notgesetze, Nachträge zum Staatsvoranschlag, Rechnungsnachweisungen und sonstige Regierungsvorlagen 83, Anträge 140, Anfragen 58.

Unerledigt sind geblieben: Regierungsvorlagen 14, Anträge 56, Anfragen 15.

Erledigte Gesetze: zweite Änderung des Grund- und Gewerbesteuergesetzes, fünfte Änderung des bad. Ausf. Gesetzes vom 6. Oktober 1921 in der Fassung des Gesetzes vom 20. Juli 1923 zum Wohnungsabgabegesetz, dritte Änderung des Grund- und Gewerbesteuergesetzes und die sechste Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Wohnungsabgabegesetzes Änderung des Landeskirchensteuergesetzes, Ausübung polizeilicher Befugnisse, Ausgabe von auf den Inhaber lautenden bad. Goldschatzanweisungen (2 Notgesetze), Abänderung des Gebäudeversicherungsgesetzes, Regelung des Staatshaushalts für die Jahre 1922 und 1923, Änderung des Besoldungsgesetzes, Besteuerung des Wandergewerbebetriebs, Berechnung der bei der Erwerbung des Bürgerrechts zu entrichtenden Beträge, Entschädigung der Landtagsabgeordneten, Änderung des Fleischsteuergesetzes, weitere Änderung des Beamtengesetzes, Änderung des Wassergesetzes — ersetzt durch Annahme des Gesetzesvorschlags der Abg. Amann u. Gen., vierte Änderung des Grund-, und Gewerbesteuergesetzes und des Steuerverteilungsgesetzes, Änderung des Ausführungsgesetzes zum Landessteuergesetz (Steuerverteilungsgesetz), den allgemeinen Fortbildungsunterricht, den gewerblichen und kaufmännischen Unterricht, fünfte Änderung des Grund- und Gewerbesteuergesetzes, Änderung des Gesetzes über die Zwangsvollstreckung wegen öffentlichrechtlicher Geldforderungen vom 12. April 1899.

Vereinfachung der Staatsverwaltung, Steuererhebung in den Monaten April bis September 1924. Ausführung des Reichsgesetzes für Jugendwohlfahrt vom 9. Juli 1922, Änderung des Besoldungsgesetzes, Umwandlung der Salinen Dürrheim und Rappenau in eine Aktiengesellschaft, Neueinteilung der Wohnungsverbände, außerordentliche Steuer von den bebauten Grundstücken, Neckarkanalisierung, Änderung des Gesetzes, das Forststrafrecht und das Forststrafverfahren betr., Änderung des Berggesetzes vom 22. Juni 1890, Änderung des Besoldungsgesetzes, Änderung des Gesetzes vom 7. Juni 1923 über die Änderung des Verwaltungsgebührengesetzes, Änderung des Gesetzes vom 2. April 1919 in der Fassung des Gesetzes vom 4. August 1920, den Geschäftskreis der Ministerien betr., Entschädigung der Landtagsabgeordneten, Änderung des Gesetzes, die Einführung der Reichsjustizgesetze in Baden betr., Ergänzung und Abänderung des Fürsorgegesetzes für Gemeinde- und Körperschaftsbeamte, Bürgschaften des Landes Baden für Darlehen an landwirtschaftliche Organisationen, an Genossenschaften des Handwerks und an Verbrauchergenossenschaft (Konsumvereine), Abänderung des Viehseuchenentschädigungsgesetzes und des Viehversicherungsgesetzes, Aufhebung des Gesetzes über die Bestellung von Vergleichsbehörden in streitigen Rechtsangelegenheiten, Regelung des Staatshaushalts für die Jahre 1924 und 1925.

Badischer Teil

Internationale Rheinstrombefahrung 1924

In der Zeit vom 18. August bis 13. September 1924 wird ähnlich wie letztmals im Jahre 1908 gemäß Artikel 31 der revidierten Rheinschiffahrtsakte eine Strombefahrung des Rheins von Rotterdam aufwärts bis Basel durch eine Kommission von Wasserbauingenieuren der Rheinuferstaaten Deutschland, Holland und Frankreich, sowie der nach dem Vertrag von Versailles weiterhin in der Rheinzentralkommission vertretenen Staaten Schweiz, England, Italien und Belgien stattfinden. Die Kommission trifft nach dem Vereisungslan am 4. Setember 1924 auf dem Damfer „Preußen" der Rheinstrombauverwaltung Coblenz in Mannheim ein und wird am gleichen Tage die Hafenanlagen von Mannheim und Ludwigshafen besichtigen. In der Zeit bis 13. September wird die Fahrt bis Basel fortgesetzt wobei u. a. die Hafenanlagen von Speyer, Karlsruhe, Lauterburg, Straßburg-Kehl und Basel besichtigt werden.

Die Kommission wird sich mit dem Zustand der Schiffahrtsstraße und der Hafenanlagen lediglich in technischer Hinsicht befassen.

Die Lage des Arbeitsmarktes

Amtlich wird uns mitgeteilt:

Die Lage des Arbeitsmarktes in Baden hat sich in der Woche vom 31. Juli bis 6. August abermals weiter verschlechtert. Diese Tatsache drückt sich schon in dem Ansteigen der Erwerbslosenzahlen aus. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger (Vollerwerbslose) erhöhte sich gegenüber dem Stand der Vorwoche (1. August) auf rund 17 200, d. h. um 1000.

Der Arbeitsmarkt in der **metallverarbeitenden Industrie** gestaltet sich immer schlechter. Stillegungen, Entlassungen und Kurzarbeit nehmen mehr und mehr zu. Verschiedene Großbetriebe mit vielen Tausenden von Arbeitern kündigen völlige Stillegung an. Ein Mannheimer Großbetrieb mit 4500 Arbeitskräften führte Kurzarbeit ein, ein weiterer ebenso großer Betrieb beschränkt die wöchentliche Arbeitszeit auf 4 Tage. 2 Großbetriebe im Murgtal, mit zusammen 4500 Arbeitern arbeiten nur 4 Tage in der Woche. Die Pforzheimer **Schmuckwarenindustrie** arbeitet in sehr starkem Umfange verkürzt, davon sind z. Zt. rund 15 200 Personen betroffen. Auf der andern Seite haben verschieden Betriebe, besonders solche, die Edelfabrikate herstellen, weitere Aufträge erhalten. Die Lage einer andern Spezialindustrie, der Schwarzwälder **Uhrenindustrie,** ist nach wie vor noch sehr gespannt. Die südbadische **chemische Industrie** zeigte sich in der Berichtswoche wieder aufnahmefähiger. Ungünstig ist der Arbeitsmarkt der **Papierindustrie** (Kurzarbeit). Dagegen ist der Beschäftigungsgrad der Weinheimer **Lederindustrie** noch als gut zu bezeichnen. Im **Holzgewerbe** ist namentlich die Möbelindustrie schlecht beschäftigt. Außerordentlich ungünstig ist die Lage der **Tabakindustrie.** Sowohl im Lahrer, wie Offenburger und Heidelberger Bezirk wurden Betriebsschließungen in großem Umfange vorgenommen. Im **Baugewerbe** ist es weiterhin sehr ruhig. Maler und Tüncher wurden vereinzelt für Reparaturarbeiten verlangt. Auch im **Vervielfältigungsgewerbe** geht die Nachfrage nach Arbeitskräften immer mehr zurück. In Mannheim kamen 32 Schriftsetzer zur Entlassung. Im Baden-Badener **Fremdengewerbe** besteht noch Mangel an Köchinnen, in allen übrigen fremdengewerblichen Berufen ist Überangebot vorhanden. Die Zahl der Arbeitsuchenden erhöht sich, da die Saisonbetriebe mit der Verminderung ihres Personals beginnen. Auf dem Arbeitsmarkt der **kaufmännischen, technischen und Büroangestellten** verschlechtert sich die Lage von Tag zu Tag mehr. Unterbringungsmöglichkeiten sind keine vorhanden.

Städt. Konzerthaus. Heute Dienstag findet die letzte Wiederholung des Rokoko-Singspiels **„Des Königs Nachbarin"** mit Fritz Melchior als Fridericus Rex statt und sei darauf hingewiesen, daß eine spätere Wiederholung des Singspiels nicht mehr stattfinden kann. — Morgen Mittwoch gelangt zum ersten Male die Operettenneuheit **„Der Fürst von Pappenheim"** von Hugo Hirsch zur Wiedergabe. Die Hauptrollen sind besetzt mit den Damen Holm, Prinz und Steffter, sowie den Herren Gerhards, Moll, Patriok, Siebmann, Steidl und Strasser. Leiter der Aufführung ist Direktor Steffter; die musikalische Leitung hat Herr Kapellmeister Mürl. Morgen Donnerstag und täglich gelangt ebenfalls „Der Fürst von Pappenheim" zur Aufführung. — Die diesjährige Spielzeit schließt am Sonntag, den 31. August.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	12. August		8. August	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	164.19	165.01	163.04	163.86
Kopenhagen 100 Kr.	67.83	68.17	68.03	68.37
Italien . . 100 L.	19.00	19.10	18.80	18.90
London . . 1 Pfd.	19.100	19.200	18.94	19.03
Newyork . 1 D.	4.19	4.21	4.19	4.21
Paris . . 100 Fr.	23.98	24.10	23.54	23.66
Schweiz . 100 Fr.	79.20	79.60	79.65	80.05
Wien 100 000 Kr.	5.94	5.96	5.92	5.94
Prag . . 100 Kr.	12.49	12.55	12.40	12.46

Zuteilung überall 100 Prozent

Die freie Festsetzung der Preise für Briketts trat am Montag in Kraft. Sie gilt vorläufig bis 15. September. Die Konventionalstrafen für Nichtbeachtung der festgesetzten Preise im Briketthandel wurden außer Kraft gesetzt.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg